

ENTLASSUNGEN BEIM CREDIT SUISSE

# Auf dem Weg ins E-Dorado



Der Schirm bleibt schwarz. Die 24 Stunden am Tag überall erreichbare Online-Brokerage-Plattform des Credit Suisse ist offline gegangen.

**E-Commerce, E-Banking, E-Luxembourg. Der fünfte Buchstabe im Alphabet schmückt die Sonntagsreden vieler PolitikerInnen. Doch so blühend, wie sie gemalt werden, sind die virtuellen Landschaften der "New Economy" keineswegs.**

Am Anfang war der Bagemann-Bericht. 1994 vom damaligen EU-Kommissar Martin Bagemann erstellt, versprach er, die kommende "Informationsgesellschaft" werde zu mehr Lebensqualität führen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen. Wenn, ja wenn wir nur Vertrauen in die Kräfte des Marktes hätten und sie gewähren ließen. Und so liberalisierte und privatisierte sich die EU auf den Weg ins Gelobte Land. Der Strom wurde billiger, das Telefonieren vielseitiger, die Computer bunter und neue Arbeitsplätze entstanden auch.

## Hire and fire

Nehmen wir ein typisches Stellenangebot: "Join our team", heißt es da, von "great challenges" und "excellent opportunities" ist die Rede. Gesucht werden Leute mit "willingness to learn, dedication and enthusiasm" für den Ausbau der Paneuropäischen E-Commerce-Plattform des Credit Suisse - gemeint ist Aktienhandel via Internet. Doch am 26. April war im Luxemburger Wort zu lesen: "Online-Brokerage-Plattform in Luxemburg wird eingestellt. Credit Suisse will 110 Mitarbeiter entlassen."

"Hire and fire nach Belieben?" hieß es in einem Kommuniqué des OGB-L. "Schockierend ist", so Véronique Eischen vom OGB-L, "dass aus heiterem Himmel 110 Leute entlassen werden, darunter über 20, die vom Arbeitsamt vermittelt worden waren, und einige, die erst vor kurzem gekündigt hatten, um zum Credit Suisse zu wechseln." Eine Betroffene berichtet: "Die Tage zuvor hatten noch Vorbereitungsversammlungen für eine geplante Werbekampagne stattgefunden, und dann hieß es, der Herr aus der Schweiz sei gekommen. Der hat uns dann gesagt, das ganze Projekt sei gestoppt, und wir draußen." Auch der LCGB kritisiert die fehlende Kommunikation zwischen Direktion und Personal sowie die fehlende Transparenz beim Aushandeln des Sozialplans.

## Vom Arbeitsamt zur Bank... und zurück

Den beiden großen Gewerkschaften ist es ein Dorn im Auge, dass die Bankgewerkschaft Aleba die Verhandlungen allein führen will, und sie ihre Mitglieder nicht vertreten können. Die Aleba argumentiert, sie allein habe den Bankenkollektivvertrag unterschrieben. Doch ob sie als nicht "national repräsentative Gewerkschaft" überhaupt einen Kollektivvertrag unterschreiben kann, wird zurzeit vor Gericht geklärt. Für Dienstag hatten die beiden großen Gewerkschaften zu einer Demo aufgerufen, die dann doch wieder abgeblasen wurde. Vielleicht, weil Druck auf die Betroffenen ausgeübt wurde, nicht teilzunehmen. Vielleicht auch, weil alle hoffen, dass es zu einem Arrangement zum Besten der Angestellten kommt. Ein großzügiger Sozialplan wird den meisten Betroffenen helfen, den Schock über ihre Entlassung zu überwinden - finanziell und durch die Möglichkeit von Umschulungen. In diesem Sinne hält das Arbeitsamt am kommenden Montag eine Informati-

onsversammlung für die Entlassenen ab.

"Angesichts des Fachkräftemangels im Bankgewerbe dürfte es für die meisten kein Problem sein, unterzukommen", bestätigt ein Banker gegenüber der WOXX. Ein anderer kommentiert: "Da hat der Credit Suisse aber ganz schön viel Geld in den Sand gesetzt. Dieses schnelle Auf und Ab, das ist eben typisch für die New Economy." Vermutlich hatten die Credit-Suisse-Oberen dabei aufs falsche Pferd gesetzt. Dem Luxemburger Wort gegenüber erklärte Generaldirektor Hügli: "Die Kunden wollen eine integrierte Lösung und nicht allein E-Brokerage."

"Seit zehn Tagen können 110 Angestellte nicht mehr schlafen!", übertitelte der LCGB ein Kommuniqué. Und erinnerte daran, dass hinter jedem Entlassungsbrief ein Mensch, eine Familie stehe. "Die Bankangestellten sind keine Ware, die man einfach nur benutzt!", so die Anklage des LCGB. Das Ideal einer Wirtschaft im Dienste des Menschen scheint sich schlecht zu vertragen mit der neoliberalen "New Economy". Diese stellt die Freiheit des Marktes und der Verträge über alles und überlässt es den Menschen, sich anzupassen.

## Neu oder alt?

Dass die Anhänger der Liberalisierung weiterhin Oberwasser haben, zeigt folgender Auszug aus dem frischgebackenen Avis des Conseil Economique et Social: "La Nouvelle Economie sera largement basée sur les PME, des contractants indépendants, des entreprises virtuelles et le télétravail. Les alliances et les groupements d'intérêt se feront et se déferont au gré des contrats. Ces activités requièrent donc des procédures simplifiées de création et d'agrément de sociétés et une réglementation du travail plus flexible. (...) En matière d'encadrement légal il faudrait encourager les initiatives d'autorégulation (codes de bonne conduite et procédures d'arbitrage et de médiation)."

Doch kehren wir zurück zu den wirklich wichtigen Dingen in der Welt. Auch Martin Bagemann ist entlassen worden. "El Pais" berichtet, sein millionenschwerer Vertrag als Berater des spanischen Konzerns "Telefonica" werde nicht erneuert. Als 1999 der damalige Kommissar für Telekommunikation in die Privatwirtschaft wechseln wollte, war die Aufregung groß gewesen. Doch die Sorge, er werde sein Insiderwissen missbrauchen, erscheint heute unbegründet. Es heißt, er habe trotz Spitzengehalts nie einen Finger krumm gemacht. Vielleicht war der Job ja auch nur als Belohnung gedacht - für Bagemanns Verdienste um die neoliberale Umgestaltung der EU. Für ihn hat sich die "New Economy" jedenfalls gelohnt.

Raymond Klein

## Zukunft der Rente ist nicht grün

Eine grundsätzliche Debatte über das zukünftige ökonomische Modell Luxemburgs steht nach den bisherigen Rententischgesprächen noch aus. Das stellten die Grünen am Donnerstag auf einer Pressekonferenz fest. Zwar begrüßte Déi Gréng den sich abzeichnenden Konsens bei den Grundrenten (majorations forfaitaires), wonach diese künftig angehoben werden sollen. Allerdings sei die entscheidende Frage der zukünftigen Finanzierung des Rentensystems nach wie vor ungeklärt. Die Grünen fordern deshalb im Anschluss an den offiziellen Rententisch, wenn "der soziale Durst nach Rentenverbesserungen gestillt ist", im Rahmen eines "Runden Tisches" eingehender über die für das Jahr 2050 in der BIT-Studie prognostizierten 700.000 EinwohnerInnen zu diskutieren. Obwohl grundsätzlich zum Konsens bereit: Den Vorstoß der CSV lehnte der grüne Rentenexperte Fränz Bausch strikt ab, Danch heißt es Frauen mit Kindern ungeachtet ihrer Berufstätigkeit und ihres Einkommens aus der Rentenkasse einen Zuschlag zur Alterssicherung in Höhe von 3.000 LUF zu gewähren. Die Maßnahme festige das heutige System. Die Grünen befürworten eine individualisierte Alterssicherung für Frauen und wollen Rentenverbesserungen für diese Gruppe nur akzeptieren, wenn sie "zur Transformation" beitragen.

## Enseignement religieux: le SEW s'indigne

La ministre de l'Education nationale vient d'annoncer que les élèves de l'enseignement secondaire ne peuvent plus être dispensé-e-s de la "morale laïque" respectivement de l'enseignement religieux. Ces cours devront même compter pour la moyenne des élèves (coefficient 1). Le SEW est conscient que l'intention en avait déjà été annoncée dans l'accord gouvernemental il y a deux ans. Mais celui-ci prévoyait également une amélioration de la qualité de l'enseignement moral et social. Le syndicat, qui s'est toujours prononcé contre l'enseignement religieux à l'école publique, constate que Mme Anne Brasseur ne s'est pas donné de peine jusqu'ici pour introduire une formation spécifique pour l'enseignement moral et social. En ce qui concerne les coefficients, le SEW craint que la nouvelle disposition "permettrait aux émissaires de l'évêché d'exercer une influence directe sur la moyenne et donc sur la promotion des élèves de école publique". Et de conclure: "Les ancêtres libéraux de la Ministre se retourneraient dans leurs tombes!"

## PanEuroLife - affaire franco-française?

Les deux dirigeants de l'assureur PanEuroLife, société luxembourgeoise travaillant surtout en France, doivent être entendus au sujet de blanchiments de capitaux. D'après le "Journal du Dimanche", il s'agit d'une filière de contrats d'assurance-vie souscrits avec de l'argent non déclaré au fisc. C'est la technique de transferts d'argent répartis sur de nombreux virements qui a rendu attentif le fisc français - et qui justifie le soupçon d'escroquerie fiscale organisée.

Une dépêche de l'AFP cite le directeur-général adjoint de PanEuroLife, affirmant que tout client signait une attestation sur l'origine non délictueuse des fonds. Délictueuse par rapport à quelle loi? "Le Jeudi" du 3 mai traitait: "LPS ou fraude, c'est selon la loi du pays." En effet, ce qui aux yeux de l'Etat français constitue une fraude fiscale, pour le Luxembourg n'est qu'une opération de "libre prestation de service" (LPS), un contrat d'assurance transfrontalier selon la directive européenne de 1993. Mais si cela ne nous regarde pas, pourquoi Victor Rod, le commissaire aux assurances grand-ducal, a-t-il critiqué vertement l'Etat français pour l'incarcération du directeur de PanEuroLife, un citoyen français?

